

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 10. Juli 1929

Nummer 55

Der Deutsche Buchdrucker-Verein als Grenzwächter der Lohnfrage

Während die Vertreter der deutschen Buchdrucker auf unserem Verbandstag in Frankfurt a. M. die Ergebnisse ihrer Beratungen im Plenum wie in den Kommissionen ideell wie materiell zu einer weiteren Festigung ihrer organisatorischen Triebkraft ihrer sozialen, beruflichen und wirtschaftlichen Interessen zusammenfaßten, tagte am 28. und 29. Juni in Leipzig der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Diese Körperschaft des Unternehmertums im deutschen Buchdruckgewerbe ist wichtiger und maßgebender als die sogenannte Hauptversammlung der Prinzipalsorganisation, die alljährlich abgehalten wird. Wir fühlen uns verpflichtet, dies zu betonen, weil es die Bedeutung der Tagung des Hauptvorstandes der Prinzipalsorganisation in das richtige Licht rückt, und ihren Verhandlungen jene besondere Bedeutung beilegt, die ihr im Hinblick auf die organisatorischen Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe sowohl nach der sozialen wie wirtschaftlichen Seite zukommt. Einer richtigen Würdigung dieses mehr persönlichen als demokratischen Aufbaues der Unternehmerorganisation im deutschen Buchdruckgewerbe dürfte auch die Feststellung in Nr. 53 der „Zeitschrift“ („amtliches“ Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins) dienen, daß ein Teil der vereinsgeschäftlichen Angelegenheiten bereits am Tage vor Zusammentritt des Hauptvorstandes durch den Geschäftsführenden Ausschuß erledigt bzw. vorbereitet werden konnte.

Infolgedessen hatte der Hauptvorstand des DBV. zunächst und im besonderen nur zu der Gewinn- und Verlustrechnung, Vermögensübersicht des Vereins, über den Etat der „Zeitschrift“ für das Jahr 1928 sowie zu dem Voranschlag für das Jahr 1930 Stellung zu nehmen. Das Vermögen des Vereins betrug danach Ende 1928 501 925 M. bei einer Ausgaben- und Einnahmensumme von 474 097 M. im Berichtsjahre. Der Voranschlag für das Jahr 1930 beziffert sich in Einnahmen und Ausgaben auf 420 000 M., gegen 385 000 M. für 1929; die Steigerung für 1930 wird aus dem erweiterten Aufgabekreis des Vereins als ohne weiteres erklärlich bezeichnet. Über die sonstige Entwicklung der Prinzipalsorganisation, insbesondere über Mitgliedsbestand usw., sind in diesem Bericht der „Zeitschrift“ nähere Angaben nicht enthalten.

Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins soll im Rahmen einer Jubiläumsfeier des 60jährigen Bestehens der Prinzipalsorganisation vom 6. bis 9. September in Mainz abgehalten werden. Beachtenswert ist dabei, daß auch hier für die sogenannte Hauptversammlung nur 1½ Tage vorgesehen sind, der 8. September zwar ganz, aber der 9. September nur zur Hälfte; wobei als Auftakt der so kurz bemessenen Hauptversammlung noch ein Vortrag über ein wirtschaftspolitisches Thema vorgesehen ist. Die Hauptfrage der Tagung im September wird also ebenfalls wieder in den für den 6. und 7. September vorgesehenen Sitzungen des Hauptvorstandes erledigt werden. Daß mit dieser Tagung bzw. ihrem Abschluß für den Nachmittag des 9. September gleichzeitig die Hauptversammlungen der Buchdruckerberufsgenossenschaft und der Feuerversicherungsgenossenschaft verbunden werden, trägt zweifellos den Stempel verwaltungstechnischer Rationalisierung und bedeutet gleichzeitig eine annehmbare finanzielle Entlastung des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Die sogenannten Kollegialen Abkommen, die in der Hauptsache das gegenseitige Wegschlagen der Stammkundschaft unter den Auftraggebern des Buchdruckgewerbes verhindern sollen, jedoch in den

einzelnen Kreisen oder Bezirken des Deutschen Buchdrucker-Vereins eine sehr unterschiedliche Fassung haben, bildeten sowohl für den Geschäftsführenden Ausschuß wie für den Hauptvorstand des DBV. reichlichen Stoff zu einer gründlichen Aussprache. Im allgemeinen wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß vor allem periodische Aufträge zu schätzen seien und für neue Aufträge bessere Preise im Rahmen eines Abkommens der Leipziger Buchdruckermeister erzielt werden sollten. Vom Gehilfenstandpunkt aus können solche Bestrebungen, die einer Verschleuderung der Arbeitsergebnisse des Buchdruckgewerbes vorbeugen sollen, als zweckmäßig beurteilt werden. Soweit sich jedoch ein Teil solcher „kollegialen Abkommen“ auch auf die Unterbindung der Freizügigkeit und die Erschwerung einer wirtschaftlichen Verbesserung der Arbeiterkraft durch freiwilligen Stellungswechsel erstreckt, haben wir sie mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Wir hoffen daher, daß der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins solchen Tendenzen im Rahmen einzelner Abkommen seine Zustimmung verweigert hat. Im Bericht der „Zeitschrift“ über die Tagung des Hauptvorstandes ist über diese Frage nichts enthalten. Sollte man daraus schließen können, daß diese Frage von der zentralen Zusammenfassung der „kollegialen Abkommen“ ausgeschlossen wurde, so kann uns das nur recht sein. Die Möglichkeit des freiwilligen Stellungswechsels ohne vorhergehende Arbeitslosigkeit bedeutet keine Schädigung der Arbeitslosen, da die freiverwendende Stelle doch wieder besetzt werden muß, und zwar durch einen Arbeitslosen. Es liegt daher nur im Interesse eines gesunden Wettbewerbs und der rationellen Verwertung der Produktionsmittel, wenn die Prinzipalität von einer Hemmung der freien Bahn der Arbeitskräfte Abstand nimmt, zumal eine solche Hemmung die Arbeitsfreudigkeit doch nicht fördern, sondern nur lähmen kann, und zwar besonders dort, wo die Ursache solcher „Schugabkommen“ nur in Lohndrückerei zu suchen ist.

Und damit kommen wir zu dem wichtigsten Punkt, den wir in der Überschrift dieses Artikels schon schlaglichtartig zum Ausdruck gebracht haben. Statt sich mit den Vertretern der Gehilfenkraft in vernünftiger und sachlicher Weise über Mittel und Wege zu verständigen, wie die wirtschaftliche Lage aller Gewerbeangehörigen nach Möglichkeit zu verbessern sei, hat man sich bei der diesmaligen Tagung des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins wieder einmal mit Fragen beschäftigt, die die bestehenden Gegensätze zwischen Unternehmertum und Arbeiterkraft nur noch verschärfen. Unter dem Motto „Herbeiführung einer Einheitsfront aller schaffenden Stände“, das von Karl Schierenbeck, dem Vorsitzenden des Bezirks Bremen im Deutschen Buchdrucker-Verein, in Form eines schriftlich begründeten Antrags eingereicht worden war und von dem Antragsteller auf der diesmaligen Tagung des Hauptvorstandes auch mündlich begründet wurde, hat sich der letztere auf eine Wahnstrebung eingelassen, auf der es unbedingt zu schweren Auseinandersetzungen mit der gesamten Arbeiterkraft des deutschen Buchdruckgewerbes kommen muß, wenn die der „Einheitsfront“ zugrunde liegenden Absichten ernstlich verfolgt werden sollten. Doch sehen wir zunächst, was die „Zeitschrift“ darüber zu berichten hat. Sie schreibt in ihrer Nr. 53 auf Seite 428:

... Der Antragsteller, der seinen Vorschlag mündlich näher erläuterte, ging von der Lohnentwicklung der Tagelöhnerzeit aus und stellte fest, daß das, was sich früher in einer Reihe von Jahren vollzog, jetzt das Ergebnis eines einzigen Jahres sei. Jedem wirtschaftlich Verantwortlichen und Verständigen müsse aber unbedingt klar sein, daß das Höhererschrauben der Löhne nicht dauernd auf Kosten des (angeblich unverhältnismäßig hohen) Unternehmerrgewinnes geschehen kann, wie

die Theorie der Gewerkschaften es darstellt, sondern daß die notwendige Folge ein kändiges Steigen unseres Preisniveaus, ferner eine allgemeine Geldentwertung sein müsse. Zwar befassen sich die Gewerkschaften, wie unter anderem auch die von ihnen geschaffene Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik beweist, mit einer wissenschaftlichen Durchdringung des Lohnproblems, und man könne hier und da auch schon im Gewerkschaftslager Stimmen vernehmen, die zum mindesten einer Stabilisierung des Lohnniveaus das Wort reden, doch im allgemeinen sei die Tendenz nach wie vor darauf gerichtet, die Löhne weiter emporzuschrauben. Nicht auszurotten sei die immer wieder auftauchende utopische Ansicht, daß hohe Löhne Kaufkraft schaffen und die Konjunktur besser. Dieser Konsumausweitungstheorie gegenüber müsse vor allem entgegengestellt werden, daß Lohn-erhöhungen sich in erster Linie in Form einer Produktionskostensteigerung bemerkbar machen, die ihrerseits wieder, wenn nicht innerhalb des Betriebes ein Ausgleich gefunden werden kann — und ein solcher Ausgleich lasse sich, da die technischste Rationalisierungsmöglichkeit längst erschöpft seien, in den wenigsten Fällen noch finden — zu einer Preissteigerung mit den bekannten Auswirkungen führe. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß hohe Löhne zur Stärkung des Binnenmarktes beitragen, und deswegen werde der Unternehmer selbst das größte Interesse daran haben, daß seine Arbeiter gut bezahlt werden. Es sei jedoch ohne Gefährdung der Gesamtwirtschaft unmöglich, daß sich die Löhne in denselben Tempo weiter entwickelten, wie dies in den letzten Jahren unter dem Druck gewerkschaftlicher und staatlicher Zwangsmittel geschehen sei. Gegenüber den Konsumwünschen der Arbeiterkraft müßten die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft, die Notwendigkeit der Kapitalbildung, und des Unternehmerrgewinnes, der bekanntlich (auch im Interesse der Arbeiterkraft) eine der Hauptquellen der Kapitalneubildung ist, betont werden. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, daß auch die freien Gewerkschaften, die früher diesen Gedankengängen ablehnend gegenüberstanden, sich in der letzten Zeit mehr mit dem Problem „Lohnsteigerung und Kapitalbildung“ befassen und sich grundräßig für die Notwendigkeit der Kapitalbildung durch die binnenländische Wirtschaft ausgesprochen haben. Angesichts der Tatsache, daß die Grenzen der Lohnpolitik längst erreicht sind, scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, die von Karl Schierenbeck geforderte Einheitsfront aller schaffenden Stände herbeizuführen. Da es wenig Zweck haben würde, wenn der Deutsche Buchdrucker-Verein in dieser alle Wirtschaftszweige angehenden Lebensfrage allein vorgehen würde, beschloß der Hauptvorstand, mit andern Verbänden Kontakt zu nehmen.

Wir haben dazu zunächst nur folgendes zu sagen. Der sogenannte Unternehmerrgewinn ist nach Abzug einer angemessenen Entschädigung für die persönliche Arbeitsleistung des Unternehmers eine unerbittliche Belastung der Wirtschaft. Verzinsung und Amortisation des Betriebskapitals sind dagegen unerlässliche Erfordernisse zur Erhaltung der für den Produktionsprozess vorhandenen Werte, wie auch zur Bildung von Neutkapital zur höheren Entwicklung des Produktionsprozesses. In diesem Kreislauf der Kapitalbildung und -verwertung ist das sogenannte Höhererschrauben der Löhne noch lange nicht aller Weisheit letzter Schluß. Die Notwendigkeit höherer Löhne kann durch entsprechende Senkung der Preise nicht nur überflüssig, sondern sogar noch besser erreicht werden. Wenn trotzdem zu einem Verzicht auf das „Höhererschrauben“ des Lohnes noch nicht die Zeit gekommen ist, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die meisten Unternehmer nur mehr oder weniger egoistische Spekulationen im Kopfe haben, aber wenig produktives und soziales Denken. Das ist mit wenigen Worten gesagt, das bisherige Ergebnis der gewerkschaftlichen Erforschung des privatkapitalistischen Gütererzeugungs- und -verteilungsprozesses. Die „utopische“ Ansicht, daß hohe Löhne Kaufkraft schaffen, ist mit dem Moment erledigt, in dem durch eine vernünftiger Wirtschaftsweise ertäglichere Preise für alle Lebens- und Kulturbedürfnisse die Notwendigkeit hoher Löhne ausborten. Die Lohntheorie des Herrn Schierenbeck ist also weder wirtschaftlich noch sachlich, sondern irreführendes Wirtseifer. Auch die andre Seite der Medaille unternehmerseitiger Wirtschaftstheorie, wonach die Arbeiterkraft

erst durch längere Arbeitszeit und niedrigeren Lohn die Möglichkeit schaffen müßte, zu billigeren Preisen zu kommen, geht an der Tatsache vorüber, daß dadurch nur der Arbeiter sich aufgebürdet werden soll, was das Unternehmertum, trotz seiner angeblichen wirtschaftstheoretischen Befähigung, nicht zu leisten vermag. Gewiß mag es zutreffen, daß unter den heutigen gegeneinander statt in planvoller Weise zusammenwirkenden privatkapitalistischen Produktions- und Verkaufsverhältnissen die Lohnfrage in erster Linie ein Preisproblem ist. Wer will aber seinen Kopf dafür einsetzen, daß das privatkapitalistische Produktions- und Verkaufssystem das einzig mögliche und beste sei? Zeigt nicht die Abwehrfähigkeit des Unternehmertums gegen andre und immer weiter vorbringende Produktions- und Absatzformen, daß es auch anders und besser trotz aller privatkapitalistischen Verdächtigungen zu machen geht. Gewiß können auch in gemeinwirtschaftlichen, staatlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Betrieben einzelne Persönlichkeiten an falschen Plätzen stehen und wirken. Das alles ist menschlich, aber auch korrekturfähig. Ist es nicht eine Bankrottansage der privatkapitalistischen Wirtschaft, wenn auf einmal die „Gesamtwirtschaft“ als das maßgebendere bezeichnet wird? Läge es da nicht greifbar nahe, dieser so überragenden Gesamtwirtschaft auch von unten auf im einzelnen Produktions- und Verbrauchsprozeß eine bessere Grundlage als bisher zu geben? Die Notwendigkeit der Kapitalbildung für Fortsetzung und Erweiterung der menschlichen Wirtschaft ist von gewerkschaftlicher Seite noch nie bestritten worden. Aber das Ergebnis dieser Kapitalbildung ist nicht das Eigentum der privatkapitalistischen Unternehmer, sondern aller Mitwirkenden im Güterherstellungs- und Verbrauchsprozeß. Das alleinige Verfügungsrecht einzelner Personen über die aus dem Gesamtprozeß eines einzelnen Betriebs, einer Volkswirtschaft, ja der gesamten Weltwirtschaft wachsende Kapitalbildung ist daher ungerecht und wird infolge dessen auf die Dauer immer unhaltbarer, und zwar um so unerträglicher als man sich in privatkapitalistischen Unternehmertreibern nicht nur gegen jede Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der in den Betrieben praktisch Beschäftigten, sondern auch gegen jede Kontrolle der Finanzgebarung der Betriebsleitungen oder -inhaber mit allen Kräften sträubt und selbst die gesetzlich vorgeschriebenen dafür sabotiert. Das sind die wirklichen Ursachen der Schierenbeckens Geburtswehen, deren Endziel die Schaffung einer „Einheitsfront aller Schaffenden“ sein soll. Eine Front setzt einen Gegner voraus. Sofern diese Front sich gegen die Nichtschaffenden und Ruhmuhnießer aus der Arbeit anderer richten würde, könnte man sich auch auf Arbeiterseite dafür erklären. Aber diese „Einheitsfront“ aller Schaffenden“ richtet sich nicht gegen die Wespen und Dornen im Rahmen der menschlichen Wirtschaft, sondern gegen die Arbeiterschaft, der begreiflich und fühlbar gemacht werden soll, „daß die Grenzen der Lohnpolitik längst erreicht sind“. Dieses Ziel zu erreichen, sieht sich vernünftigerweise der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu schwach. Er will daher mit anderen Verbänden Fühlung nehmen. Mag er es tun, die Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckerwesens wird sich danach einzurichten wissen! Unser Verbandstag in Frankfurt hat dazu ideell wie materiell schon gut vorgeberichtet.

Kapuzinerpredigten von Münchner Meisterschülern

In München besteht seit 1. Februar 1927 die Meisterschule für Deutschlands Buchdrucker. Im ersten Jahre erschienen nun dort unter dem Titel „Bundesblatt“ monatliche Mitteilungen des Bundes der Meisterschüler, die sich nicht nur aus Prinzipsätzen zusammensetzen. Die Nummer vom Mai 1929 dieses vierseitigen Oktavbältechens — die wir jetzt erst zu Gesicht bekommen — hat auch unser Interesse, aus verschiedenen Gründen. Aber „passive Reklame“ predigt da ein gewisser Ruß aus seiner gewiß überreichen Erfahrung seinen Mitschülern u. a.:

Es könnte bei sachgemäßer Beratung vielleicht doch für die Ausstattung, wenn auch nur sachgemäß, etwas erreicht werden. Die Vermittlung zwischen Annahme (eines Druckauftrages) und Seher sollte die Etage sein, aber es zeigt sich in der Praxis, daß diese infolge Kürze der Zeit eine Unmöglichkeit ist, man muß sich also auf den Seher verlassen, und dann — ist es aus.

Es hält ungläubig fangend, einen Seher mit einem guten Gefühl für eine schlagende Ausstattung der Arbeiten zu finden. Aber auch in den anderen Abteilungen ist es nicht anders. Immer liegt es an den Leuten, die aus gewöhnlichem Scheldria n, oder weil sie es nicht besser kennen, jede Arbeit mehr schlicht als recht herausbringen. Man könnte sich nun bessere Leute

suchen und diese einstellen. Auf die Dauer würde dies aber zu teuer werden, denn — und damit kommt der Kernpunkt der Sache — man kann die Leute nicht entlassen, da der Betriebsrat — — unbillige Härte!! Das Kabinett wäre natürlich, alle schlechten Arbeiter auszumergen. Aber der Kampf mit den Arbeitnehmern setzt starke Nerven voraus, ja er bedeutet unter Umständen sogar wirtschaftlichen Selbstmord.

Aus diesen Gründen beziehe ich auch, daß die Hebung des Geschmacks und die bessere Ausstattung der Drucksachen von den größeren Druckereien ausgehen wird (von der wenigen renommierten Betrieben natürlich abgesehen). Vielmehr werden hier die Kleinen und mittleren Betriebe bahnbrechend voranzugehen müssen, da bei ihnen, dank des beschränkten Umlanges, der Chef selbst in der Lage ist, die Qualität entscheidend zu beeinflussen.

Onkel Bräutigam würde ob dieser Kapuzinerpredigt ausruhen: „Daß du die Naß ins Gesicht behältst!“ Dieser Kapuzinernde Meisterschüler in München wird sich kaum bewußt sein, wie er die größeren und großen Druckereien herabsetzt mit seinem „Werturteil“; er läßt ja die abgibtungsfähigen großen Betriebe förmlich als Ausnahmeerscheinungen. Daß unsere besten Meisterschüler überwiegen in größeren Betrieben angetroffen werden können, weil sie dort eher eine ihren Leistungen entsprechende Bezahlung erhalten, scheint Ruß auch nicht zu wissen. Wenn man jetzt auf dem Verbandstage im Frankfurter Volksbildungsheim die Ausstellung der Ortsgruppen des Kreises Frankfurt a. M. vom Bildungsverband und die Arbeiten vieler Fachschulen aus dem Reiche gesehen hat — auf der „Presse“ 1928 in bester Weise vorausgegangen — und dazu weiß, daß gerade durch die langjährige Pflege der beruflichen Fortbildung durch den Bildungsverband und die Sparten die Qualitätsarbeit sich auf jedem Gebiete des Buchdrucks ganz bedeutend gehoben hat — von den Prinzipalen oftmals alles eher denn gefördert —, dann muß man die Schreiberlei dieses Jünglings einfach als unversufen bezeichnen. Zumal Ruß in größter Weise verallgemeinert. Sind die Münchner Meisterschüler einigermaßen beruflich beschlagen, dann dürfen sie sich von diesem Messias nicht solchen Dumm vornehmen lassen. Auch in der Richtung nicht, daß die „Leute“ und „schlechten Arbeiter“ nebenbei noch gewohnheitsmäßige Faulenzer wären. Jedenfalls verbiten wir uns entschieden eine solche Einschätzung unserer Kollegen von einem unerfahrenen, noch in weiterer Ausbildung begriffenen jungen Menschen. Wenn wirklich schlechte Arbeiter ausgemergelt und leistungsfähige Gehilfen bei anständiger Bezahlung dafür eingestellt werden, wird niemand, auch kein Betriebsrat, etwas dagegen einwenden. Aber von der Bezahlung sagt Ruß gar nichts, das Minimum scheint ihm das höchste der Gefühle zu sein. Das ein Säckchen werden will, trümmert sich beiseite, sagt ein altes Sprichwort. Damit Ruß nicht einmal später als Betriebsleiter oder Prinzipal wirtschaftlichen Selbstmord begehen müßte, weil er von dem wahren Laufe der Dinge in den Druckereien nichts weiß und die Ursachen für Nichtprosperieren des Betriebes oder daß die Druckerarbeiten einer sinnmäßigen Ausstattung ermangeln, ganz wo anders sucht, raten wir ihm, das Predigen und Lehren gefälligst denen zu überlassen, die die Erfahrung und das Alter dazu haben. Das, was wir ihm hier zu sagen hatten, möge er zu seinem Nutzen eingedenk des Goethewortes im „Faust“ aufpassen: „Ein Werbender wird immer dankbar sein.“

Die Münchner Meisterschüler als Bahnbrecher zu wirklichen Qualitätsdruckereien selbst kennen zu lernen, ist noch in der gleichen Nummer des „Bundesblattes“ Gelegenheit geboten. Da wird an erster Stelle über einen Wettbewerb unter den Schülern berichtet.

Der Eigenart dieser Drucksachen als Mittelglied zwischen Geschäfts- und Privatdrucksachen war allerdings nicht immer Rechnung getragen. Besonders hervorzuhebende Arbeiten waren leider nicht vertreten. Auch die als beste anerkannte Arbeit mit dem Kennwort „Dom“ befreite nicht in allen Stücken. Ruß hat Recht. Seinen Weisheitsprüchen über die Gehilfen geht die Bewertung von Meisterschülerarbeiten voraus, die nach eigener Beurteilung nur „den Eindruck von unabhängigen Durchschnitsarbeiten“ machen. Also mögen Ruß und Genossen ein ganz Teil bescheidener tun, wenn sie von den Gehilfen reden. . .

Vom Kummelplatz des Meisterschülerlebens kündigt in ebendieser Nummer folgende Notiz:

Als Abschluß dieser Floßfahrt sollte eine Matbowlie die trockenen Recken laben. Da aber ein Meisterschüler in der ertrinken kann, wird die Matbowlie in Grünwaldt halt ohne vorherige Floßfahrt veranlagt. Alle Durstigen wollen sich, bitte, meiden.

Diese Marginalie machen wir nur für den Fall, daß ein anderer Ruß in einer andern Nummer einmal als Kapuziner gegen die „faulen Gehilfen“ auftreten könnte. Im sonstigen müßten wir hier der Ausbildung zu einem zukünftigen Buchdrucker, der auch sonst seinen Mann steht, nichts in den Weg gestellt wissen.

Noch einer Kapuzinerpredigt an die Gehilfenadresse in der Nr. 10 bleibt zu gedenken. Sie betrifft sich „Aber Werbungsschreiben“ und wird einleitend besonders dem zweiten Jahrgang der Meisterschüler empfohlen. Warum das, wird nicht gesagt, denn das Ganze ist nur wörtlicher Abdruck einer dem „Klimischschen Drucker-Anzeiger“ vom 5. Februar 1929 von einer Firma gemachten Einfindung. Das „Bundesblatt“ nennt zwar Klimisch als Quelle; aus welcher Veranlassung und zu welchem Zweck man aber der unbekannteren Firma das Zeug genehmigt nachbetet, wird nicht gesagt. Die Deutschen vom „Bundesblatt“ der Meister-

schüler sind ja nicht einmal in der Lage, zu wissen, ob nicht die Firma im Klimisch überreißt! Wir wollen jedoch zugeben, daß Bewerber um im „Ror“ ausgeschiedene Stellen auch manchemal viel zu wünschen übrig lassen in der Auffassung der Bewerbung an sich; das Deutsch ist mitunter jämmerlich und beschämend für einen Buchdrucker; ferner fehlen nicht selten die notwendigsten Angaben über den Bewerber; das verwendete „Briefpapier“ ist manchemal bloß mit dem Taschenmesser zugeschnittenes Korrekturpapier; die Zeugnisse abzufahren, sind manche zu bequem und verweisen deshalb nur auf ihr Vorhandensein usw. Wie gesagt, aus eigenem Können wir hier manches bestätigen, und wir empfehlen sogar den Schlußsatz der im Klimisch artikulierten Firma zur Beachtung:

Ein tüchtiger Gehilfe hat es in der Hand, andern Bewerbern vorzuziehen zu werden, wenn bereits aus der äußeren oder inneren Gestaltung seines Bewerbungsschreibens hervorgeht, was Geistes Kind er ist.

Wir meinen aber, wenn man damit einem bestimmten Teil von Meisterschülern wohlmeinende Ratsschläge erteilen wollte, weil man vielleicht weiß, daß solche lieblichen Bewerbungsschreiben auch von Meisterschülern ausgehen, dann hätte das anders angefaßt werden sollen. Unter Verwendung eignen Gehirnsmaßes konnte man auf die Einfindung an Klimisch kurz zurückkommen und dann eine Rußanwendung für die „eigenen Leute“, um im Rußschen Bilde zu bleiben, daraus ziehen.

Wir haben gar nichts dagegen, wenn die Münchner Meisterschüler ihr Stille interessiert zu machen versuchen. Aber wir besitzen kein Verständnis dafür, daß das am ehesten geschehen kann, indem so stark auf die Gehilfen abgehoben wird. Man gehe doch nicht allzu bescheiden an sich selbst vorbei. . . Die Ausbeute dieser einen Nummer 10 ist derart groß, daß den jugendlichen Kritikerüberschwang gegenüber den Gehilfen das Haltgebote des Verhörsführermanns entgegengesetzt werden muß. Weiterfahren wird gestattet, wenn es in anderer Richtung geht. Ruß und Genossen werden doch wohl nicht vor Geistesarmut eingehen, wenn sie behauptete — nicht erwiesene — Gehilfengebrechen nicht mehr zur Anurdelung ihrer Intelligenzfahrten benutzen dürfen?

Eine Bilanz der deutschen Wirtschaft

Der gegenwärtige Stand der deutschen Wirtschaft und das äße Ringen des deutschen Unternehmertums um seine bisherige Vormachtstellung in der Wirtschaft sollte auch die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erkennen lassen, daß es eine ihrer vorrangigsten Gegenwartsaufgaben sein muß, den Wirtschaftstragen ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Und das um so mehr, als jedem einzelnen täglich offenbar wird, daß alle gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart in dem feinsten Boden der Wirtschaft wurzeln, auf dem nur erfolgreich geadert werden kann, wenn hinter den wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, auch eine gewerkschaftlich und wirtschaftlich geschulte Arbeiterschaft steht. Nur die klare Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage gestattet dem einzelnen einen Überblick über die Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes, der eben heute nicht mehr nur ein Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, sondern sich längst zu einem Kampf um die Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an gesamten Staats- und Wirtschaftsleben ausgewachsen hat.

Die Pflicht der Anteilnahme der Arbeiterschaft am Wirtschaftsleben muß auch um deswillen immer wieder betont werden, weil unser Wirtschaftsleben infolge der veränderten Verhältnisse heute auf ganz andern Grundlagen beruht, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war. Die deutsche Wirtschaft hat sich umstürzend geändert. Sie ist aus der Wirtschaft der freien Konkurrenz zu einer monopolistisch organisierten Wirtschaft geworden, die das Reich ihrer Organisation von der Schwerindustrie bis zur Produktionsmittelindustrie über das gesamte Wirtschaftsleben ausgedehnt und dadurch die autokratische Stellung des Unternehmertums noch schärfer in den Vordergrund gestellt hat, als das in der Wirtschaft der freien Konkurrenz der Fall war. Mehr als die Hälfte der gesamten deutschen industriellen Produktion ist in die Monopolwirtschaft einbezogen, was bei der Bedeutung unfres Wirtschaftslebens eine kapitalistische Machtzusammenballung darstellt, die durch eine ebenso fest zusammengeschlossene Arbeiterschaft gebrochen werden muß, wenn sich die Waage der Eingufnahme auf die Wirtschaft nicht zugunsten der Arbeiterschaft senken soll. Aus der veränderten Struktur der deutschen Wirtschaft erwächst der Arbeiterschaft die erste Pflicht, die Entwicklung der Wirtschaft mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen und da, wo es nottut, den gefährdenden Bestrebungen des Unternehmertums mit der organisierten Kraft der gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeiterschaft entgegenzutreten. Der Kampf des Unternehmertums, der sich gleichmaßen gegen die Arbeiterschaft und gegen den von ihr aufgebauten und mit ihrem Geist erfüllten Staat richtet, zeigt zur Genüge, daß an der Gefährlichkeit dieses Gegners nicht vorbeigesehen werden darf. Die vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen um das Reparationsproblem, alle Lohn- und Manteltariffragen, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren beschäftigt haben, und viele andere Vorgänge mehr deuten darauf hin, daß sich das Schwergewicht aller Lebensfragen der Arbeiterschaft immer mehr auf die Seite der Wirtschaft neigt, daß aus ihr heraus Entfaltungen reifen, von denen das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft

so stark berührt wird, daß die Wirtschaft nicht länger eine Privatangelegenheit einer Gruppe von Kapitalgegnern heißen kann, sondern zu einer Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes gemacht werden muß.

In diesem Stadium des Kampfes um die Wirtschaft bietet uns die Herausgabe eines wirtschaftlichen Wertes* reichliche Gelegenheit zu einem Einblick in den gegenwertigen Stand der Wirtschaft und in die Denkwiese von Unternehmervertretern, die in diesem Werte über alle bedeutenden Fragen der Wirtschaft zu Worte kommen. Das Wert besteht aus zwei Bänden von je 1000 Seiten und darf als ein wirklich ausgezeichnetes Informations- und Nachschlagewerk für die Wirtschaftspraxis bezeichnet werden, auch für den, der mit der Tendenz des Wertes nicht mitgeht. Während der zweite Band als Bezugsquellenverzeichnis dienen soll, das über mehr als 3000 Branchen in Deutschland unterrichtet, ist der erste Band ein Querschnitt durch die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, wie er in dieser Zusammenfassung und Vollkommenheit bisher nicht geboten worden ist. 48 Beiträge hervorragender Sachkenner auf 1000 Seiten Umfang deuten gewiß darauf hin, daß hier gründliche Arbeit geleistet wurde und daß das Bestreben vorhanden war, zu allen Fragen des Wirtschaftslebens grundsätzliche Stellung zu nehmen. Das zum ersten Male erschienene Wert dürfte in seiner gediegenen Aufmachung von allen Interessenten begrüßt und als eine mühsamwertige Zusammenfassung der Fachliteratur auf diesem Gebiete empfunden werden. Allein 151 Diagramme und Karten sind dem Text eingefügt.

Wenn wir uns der Tendenz des Wertes grundsätzliche entgegenstellen, so spricht dafür allein schon der Umstand, daß es sich um ein Werk handelt, in dem in allen Fragen nur die eine Seite unseres Wirtschaftslebens zu Worte kommt und dadurch eine ganz einseitige Darstellung unseres gesamten Wirtschaftslebens gegeben wird. Sodann legitimieren sich neben einer Reihe von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern von Unternehmerorganisationen nicht weniger als sechs weitere Mitarbeiter als Syndizal von Unternehmerorganisationen, von denen man doch beim besten Willen nicht verlangen kann, daß sie die Wirtschaft anders als durch die Unternehmerbrille sehen. Und schließlich wird man von der Arbeiterschaft nicht erwarten dürfen, daß sie einen Artikel über die Sozialpolitik ausgerechnet von Herrn Dr. Tänzler etwa als eine objektive Darstellung der Materie ansehe. Wie sehr weiterhin das Wirtschaftsinteresse der Mitarbeiter vorherrschend war, beweist uns Buchdrucker ein Artikel des Herrn Direktors Sturm (Leipzig) über den Buchdruck und das graphische Gewerbe, der in der Darstellung der technischen Entwicklung zwar ausgezeichnet ist, in den Punkten aber, in denen sich die beiden Wirtschaftspraxisgruppen berühren, als absolut einseitig bezeichnet werden muß. Nicht anders werden wohl die übrigen Arbeitergruppen über die sie angehende Artikel urteilen. Und doch entbehrt vielleicht gerade deswegen das Wert eines starken Interesses auch für uns nicht. Neben den Artikeln über die verschiedenen Branchen und Berufe behandelt das Wert den deutschen Welthandel, die Methoden und Bedeutung der Konjunkturforschung, Finanzwirtschaft und Steuern, Banken und Kapitalmacht, Auslandsverföhrung, Zahlungsbilanz und Daweslaß, den deutschen Eisenbahn- und den deutschen Post- und Schnellnachrichtenverkehr, den Bergbau, das Baugewerbe und die Wohnungswirtschaft sowie die wirtschafts- und verkehrsgeographischen Grundlagen der deutschen Wirtschaft. Erwähnenswert sind auch die abschließenden Abhandlungen über die Volkswirtschaft Österreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei und Sibiriens.

Einen breiten Raum in dem Werte nimmt die Abhandlung über den deutschen Welthandel ein, was bei den gegenwertigen politischen Machtverhältnissen und der Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft als berechtigt und verständlich angesehen werden kann. Und wenn man von Einzelheiten in der Stellungnahme des Verfassers zu den Problemen der Weltwirtschaft Abstand nimmt, so kann man in diesem Falle das Bemühen, die Dinge objektiv zu beurteilen, nicht absprechen. Wichtig für die Beurteilung der weltwirtschaftlichen Probleme ist in erster Linie die einseitige Feststellung des Verfassers, daß der Außenhandel Deutschlands trotz der furchtbaren Erschütterungen der Kriegs- und Nachkriegszeit in manchen Beziehungen wieder eine starke Ähnlichkeit mit dem Außenhandelsverkehr von 1914 gewonnen hat. Das ist eine Tatsachekonstatierung, die gerade für die Bemühungen der Arbeiterschaft um die Wiederherstellung freundschaftlicher internationaler Beziehungen von größter Wichtigkeit ist, weil dadurch den staunenswerten Kräften auf deutscher Seite ein gut Stück ihres Bodens entzogen wird. Und wenn der Verfasser an einer andern Stelle die Ausschufschwäche Deutschlands und die Spannung zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen im wesentlichen auf die zu hohen Vorbelastungen unserer Produkte mit außerwirtschaftlichen Kosten zurückführt, so muß dem von unsem Standpunkt hinzugefügt werden, daß daran auch die Preispolitik unseres Unternehmertums ein gut Teil Schuld mitträgt. Würde der Verfasser seine Feststellung, daß die Kaufkraft der europäischen Konsumenten noch immer recht schwach ist, im Zusammenhang mit der Preispolitik beispielsweise des deutschen Unternehmertums betrachten, dann müßte er zu der logischen Schlußfolgerung kommen, daß es eben diese

von den Monopolen, Trusts und Kartellen getriebene Preispolitik ist, durch welche die Kaufkraft der Konsumenten bewußt herabgedrückt wird. Dafür stehen die Beweise für die Preisgestaltung der verschiedensten Bedarfsartikel beliebig aufzählen. Die Kosten für die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft hat nicht das Unternehmertum, sondern die deutsche Arbeiterschaft getragen. Steht doch der Verfasser selbst fest, daß Deutschland zu der Gruppe derjenigen Länder gehört, in denen im Gegensatz zu andern Ländern ein Ansteigen der Nahrungsmittel- und Lebenshaltungskosten konstatiert werden mußte, wozu noch die ebenso betrübliche Tatsache hinzugefügt werden muß, daß Deutschland hinsichtlich seiner Arbeitslosenziffer unter den europäischen Ländern neben Rußland und England mit an erster Stelle steht. Wenn die im „Reichsarbeitsblatt“ dafür gegebene Erklärung, daß die Rationalisierung zu der dauernden Arbeitslosigkeit eines ständig größer werdenden Personenteiles beigetragen habe, damit zu entkräften versucht wird, indem man die jahreszeitlichen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und den von der Weltwirtschaft ausgehenden Einfluß dafür verantwortlich macht, so kann man das nur als einen mißlungenen Versuch bezeichnen, die Schuld von den für unsre Zeit je jämmerliche Wirtschafts- politik verantwortlichen „Wirtschaftsführern“ abzuwälzen. Die zurzeit gewiß noch unbefriedigende deutsche Weltwirtschaft ist eben eine bebauerliche Folgeerscheinung unserer Nationalwirtschaft, von deren vernunftgemäßer Umstellung zu einem guten Teil auch eine Besserung der deutschen Weltwirtschaft abhängig ist. Berücksichtigt man zudem, daß rund 80 Proz. der gesamten deutschen Erzeugung vom Binnenmarkt aufgenommen werden und nur etwa 20 Proz. in das Ausland gehen, dann will uns zur Zeit die Stärkung des einheimischen Konsums wesentlich richtiger erscheinen, als der Aufwand, der um die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt verlan wird.

Als eine der wichtigsten Fragen für die deutsche Arbeiterschaft muß im Augenblick die Sozialpolitik angesehen werden. Betrachtet man sich hierüber die Ausführungen Dr. Tänzlers in dem vorgenannten Wert, so muß man feststellen, daß diese Ausführungen außer einer allerdings eingehenden Darstellung der gegenwertigen sozialpolitischen Gesetze von recht geringem Gehalt sind. Die Ausführungen kommen vor lauter theoretischen Betrachtungen an die wirkliche Stellungnahme des deutschen Unternehmertums zur Sozialpolitik überhaupt nicht heran. Das wundert uns auch nicht. Es soll wohl schon seine Schwierigkeiten haben, den im Unternehmertum vorhandenen Dualismus in den Fragen der Sozialpolitik so zum Ausdruck zu bringen, daß daraus eine Befahrung der Sozialpolitik wird. Denn das Unternehmertum die Sozialpolitik ein Opfer im Auge ist, beweist am deutlichsten ihr gegenwertigen Sturm auf die Arbeitslosenversicherung. Und dabei ist es gerade die kapitalistische Privatwirtschaft, die eine staatliche Sozialpolitik bedingt. Sehr trefflich hat das der Reichsarbeitsminister a. D., Dr. Brauns, auf der 12. Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf zum Ausdruck gebracht, als er erklärte: „Überall da, wo die Industrie große Arbeitermassen zusammengefaßt hat, ist dem Staat die Notwendigkeit erwachsen, die Fürsorge in einen Arbeitsschutz zu verwandeln... Heute erstreckt sich die Fürsorge des Staates nicht mehr ausschließlich auf die Arbeitsunfähigen, sondern immer mehr auch auf die Arbeitenden. Man geht dazu über, vorbeugend zu wirken, um Arbeitsunfähigkeit zu verhüten. Die Sozialversicherung hat gleichfalls immer mehr Maßnahmen getroffen, um vorbeugend zu wirken. Schließlich hat man heute erkannt, daß der Mensch selbst der wichtigste Teil im Produktionsbetrieb ist und das Kapital, das zuerst geschützt werden muß.“ Obwohl also der Staat den aus der Industrie notwendig werdenden Arbeitsschutz auf die Schultern der Allgemeinheit legt und dadurch dem Unternehmertum das aus der Produktion entstehende Risiko abnimmt, müssen wir ein sorgföliges Anstrengen des Unternehmertums gegen den staatlichen Arbeitsschutz und die Sozialversicherung feststellen. Diese geradezu unverständliche Haltung des Unternehmertums bekommt nur einen Sinn, wenn man die letzten Worte Dr. Brauns zugrunde legt, daß der Mensch selbst der wichtigste Teil im Produktionsbetrieb ist, der geschützt werden muß. Hier hört das Interesse der Unternehmer am Arbeitsschutz auf. Das ist es ja gerade, was sie nicht wollen. Der arbeitende Mensch soll schuflos vom Unternehmertum abhängig sein; alle entgegengefesten Beteuerungen sind widerlegt durch ihren Kampf gegen die Gewerkschaften und gegen alle gesellschaftlichen Schutzmaßnahmen, die bis heute von der Arbeiterschaft gegen den Willen des Unternehmertums Schritt für Schritt jähre erkämpft werden mußten. Und gerade der Artikel Dr. Tänzlers beweist, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, daß die Unternehmer trotz der Befahrung der Sozialpolitik ihren gegnerischen Standpunkt auch heute noch nicht überwinden haben. Dr. Tänzler möchte nicht nur die Gewerkschaften als Träger der Sozialpolitik ausgeschaltet wissen und am liebsten dem Einzelunternehmer im Betrieb mit den Funktionen sozialpolitischer Maßnahmen aller Art betraut wissen, er sucht sogar eine Abgeneigtheit der Arbeiterschaft aus materiellen Gründen gegen die Sozialpolitik glauben zu machen, indem er schreibt: „Unter den unmittelbar Betroffenen meßte sich die Beforgung, daß die mit der Erhöhung der einzelnen sozialen Leistungen verbundene Belastung das tragbare Maß überschreitet; hierbei sind es nicht nur die Arbeitgeber, die vor zu starker

Belastung warnen, ... sondern es kommen auch aus Kreisen der Arbeiterschaft selbst, die mit Beitragsleistungen belastet sind, Klagen darüber, daß diese Beitragszahlungen das Maß des Erträglichkeit zu überschreiten beginnen.“ Das ist eine Beweisführung, die unschwer als an den Haaren herbeigezogen zu erkennen ist. Die Arbeiterkreise, die Herrn Dr. Tänzler derartige Material liefern, kennen wir. Wer aber nur einen flüchtigen Blick in die Gewerkschaftspresse wirft, wird sehr schnell die entgegengefestete Feststellung machen, nämlich, daß die Arbeiter auch unter Sinnahme einer Beitragserschöpfung den größten Wert auf den Ausbau ihrer sozialen Einrichtungen legen. Seine wahren Absichten enthüllt der Verfasser, wenn er bei der ihm voranschwebenden betrieblichen Sozialpolitik die Zustimmung voraussetzt, daß die betriebliche Sozialpolitik „erheblich mehr geeignet sei, die Gesellschaftsbeziehungen, die sich im Produktionsprozeß gegenüberstellen, menschlich einander nahe zu führen, als dies bei der staatlichen Sozialpolitik der Fall ist.“ Soweit es möglich ist, bei einer derartigen Zustimmung überhaupt ernst zu bleiben, kann Herrn Dr. Tänzler darauf nur erwidert werden, daß die plötzlich so sozial empfindenden Unternehmer bis zum heutigen Ausmaße der staatlichen Sozialpolitik reichlich Zeit gehabt haben, betriebliche Sozialpolitik zu treiben. Die Erfahrungen, die die Arbeiterschaft mit dem sozialen Empfinden der Unternehmer gemacht hat, sind von der Art, daß sie sich, wenn es ein solches Zurück überhaupt gäbe, bestens dafür bedanken würde. Die Sirenenengänge des Unternehmertums können die Arbeiterschaft nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die Unternehmer Feinde der Sozialpolitik sind und daß der weitere Ausbau der staatlichen Sozialpolitik nicht mit ihnen, sondern gegen sie erfolgen wird.

Diese beiden Betrachtungen über die Weltwirtschaft und die Sozialpolitik (der Artikel des Herrn Direktors Sturm soll einer späteren Gelegenheit vorbehalten bleiben) im Lichte der Unternehmertumspolitik gesehen, zeigen uns, daß die Arbeiterschaft nicht genug auf die Entwicklung der von der Unternehmern beherrschten Wirtschaft achten kann. Nicht genug damit, daß der deutsche Arbeiter gegenüber der übrigen kontinentalen Arbeiterschaft in seinem Lohn weit zurückgefallen worden ist, durch die Monopolisierung der Wirtschaft soll er dem Preisdrück des Unternehmertums unterworfen werden, wozu als drittes der Abbau der Sozialpolitik ihm auch noch widerstandlos gegen das Unternehmertum selbst machen soll. Der Traum ist zwar zu schön, um jemals Wirklichkeit zu werden, es kommt aber darauf an, die Absichten des Unternehmertums zu erkennen und sich danach zu richten.

Korrespondenzen

Muggenburg. In unser Versammlung am 8. Juni erfolgte zunächst die Ehrung von drei seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen. Weiter wurden neun Kollegen von der Lehrstuhlsabteilung in die Organisation übernommen. Die vom Kassierer Schmidt vorgelegte Abrechnung über das erste Quartal wurde einstimmig genehmigt. Alsdann behandelte Vorsitzender Stier die Anträge zum Verbandstag. Hierauf folgte noch die Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten.

Bauhen. In der Juni versammlung behandelte Gewerkschaftssekretär Buchholz (Bauhen) das Arbeitsgerichtsweesen und damit in Zusammenhang stehende gesellschaftliche Fragen in einem instruktiven Vortrag. Bei der Schaffung der früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichte abfindenden Arbeitsgerichte galt es zunächst, zwei Schwierigkeiten zu überwinden: 1. die Anerkennung der Arbeitsgerichte als selbständige Gerichte und 2. die Ausschaltung des Anwaltszwanges. Beide Fragen wurden im zufriedenstellenden Sinne für die Arbeiterschaft geföst. Die Ausschaltung des Anwaltszwanges hat allerdings zur Folge, daß unorganisierte Arbeiter bei Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht unvertreten bleiben, während die übrigen sich durch einen Angestellten ihrer Organisation vertreten lassen können. Vor dem Landesarbeitsgericht als der zweiten (Berufungs-) Instanz besteht Anwaltszwang, doch sind die Angestellten der Arbeiterorganisationen den Anwälten gleichgestellt. Vor dem Reichsarbeitsgericht, das als Revisionsinstanz nur in größeren Streitfällen und bei Objekten über 6000 M. in Frage kommt, besteht für beide Teile Anwaltszwang. Die Befegung der Arbeitsgerichte sowohl als auch der Arbeitsämter erfolgt nur auf Vorschläge der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Alle aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfälle finden heute grundsätzliche ihre Erledigung nur noch vor den Arbeitsgerichten. Durch diese gesellschaftliche Festlegung wurde auf beiden Seiten eine höhere Bewertung der gesellschaftlichen Formen ganz von selbst in die Wege geleitet. Zu bemängeln sei höchstens die in manchen Fällen wahrzunehmende umfangreiche Beweisnehmung, eine Erscheinung, die sich aus dem alten Prozeßverfahren herleitet hat. Ein bemerkenswertes Moment auf dem Gebiet des Arbeitsgerichtsweesens ist die Tatsache, daß im Unterschied zum Sozialversicherungsgefehrverfahren die Entscheidungen der unteren Instanzen nicht an die der Berufungsinstanzen gebunden sind. Die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte treffen ihre Entscheidungen vielmehr völlig selbstständig. Immerhin sind aber durch mehrfache Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts gewisse Normen aufgestellt worden, die für das Arbeitsvertragsverhältnis im allgemeinen nicht ohne grundsätzliche Bedeutung sind. In bezug auf das Betriebsratsgefehr kann die bisherige Entwicklung des Arbeitsgerichtsweesens und erfolgte Rechtsprechung als günstig bezeichnet werden. Dem Arbeiter und Angestelltenstand wurde im allgemeinen mehr Rechnung getragen, desgleichen die Geltung der Betriebszugehörigkeit auf die Dauer mehr anerkannt. Der Arbeiterschaft erwächst nunmehr die Pflicht, einer weiteren gründ-

* „Wirtschafts Jahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reichs und der Nachfolgenden Österreich - Ungarns.“ Verlag Robert Schulz, Leipzig.

lichen Schulung ihrer Vertreter zwecks Befehung der Beisitzerämter ihr besonderes Augenmerk zu widmen, den Wert der Organisationszugehörigkeit zu fördern und den Ausbau des Arbeitsrechts anzustreben.

M. Düsseldorf. In unserer Versammlung am 15. Juni hielt Gewerbe-Landesmedizinalrat Dr. Tietz einen Vortrag über: „Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufstätigkeiten“. In einfühligem, überaus interessanten Ausführungen, denen die Verammlung mit größter Aufmerksamkeit folgte, behandelte der Referent die so überaus wichtigen Fragen der Berufstätigkeiten, unter besonderer Berücksichtigung des Buchdruckerberufes. Seine genauen Kenntnisse über unser Berufsleben, die sich auf eine langjährige Praxis gerade in Buchdruckerkreisen stützt, vermachte dem Vortrag diejenige Lebendigkeit zu geben, die man sonst vielfach bei solchen Vorträgen vermisst.

-nb- Emden. Am 15. Juni beging unser Ortsverein die Feier seines 25 jährigen Bestehens, verbunden mit Johannisfest. Nach einem durch ein lebendes Bild illustrierten, wirkungsvoll vorgetragenen Prolog begrüßte Vorsitzender Koeck die zahlreich erschienenen Gäste und verlas anschließend die zahlreichen Glückwunschs-telegramme und -schreiben. Hierauf hielt Kollege Wolf (Bremen) eine trefflich angelegte Festrede. Am Schluß seiner Ausführungen übermittelte er die Glückwünsche des Gauvereins Nordwest und des Bezirksvereins Bremen. Kollege Koeck überreichte mit Worten des Dankes und der Anerkennung den Jubilaren je ein Bild unseres toten Führers Joseph Seib. Nun folgten programmgemäß Vorträge und Musikentlagen in buntem Wechsel, bis in vorgerückter Stunde durch eine Fackelprozession der Festball eingeleitet wurde. Scherz Buchdruckerhumor ließ allzu schnell die Zeit verfliegen. Möge der Ortsverein Emden auch fernherhin in aller Treue zum Verband stehen.

Halle a. d. S. In unserer Versammlung am 7. Juni rückte zunächst der Film: „Der Kampf mit dem Unfallteufel — das Unfall-Versicherungs-Gesetz“, erläutert von Dipl.-Ing. Brodman (Weipzig), über die Leinwand. Der Vortragende erläuterte in kurzen Zügen die Notwendigkeit der Unfall-Versicherungs-Vorschriften im Betrieb, auf der Straße und im Heim. Ganz besonders gab er Verhaltensmaßnahmen über die Unfallverhütung. Gerade an Hand dieser Bilder läßt sich der Unfallteufel eher und leichter zähmen. Reicher Beifall besahnte den Vortragenden. Nach Eintritt in die eigentliche Tagesordnung gab Kollege Kieck ein halbes Dutzend Vorträge. Sodann fanden Neuausgewählte Aufnahme. Ein Wettbewerbsauschreiben der Johannisfestkarte ergab 13 Einbringungen, wovon drei mit Preisen bedacht wurden. Kollege Kieck richtete den schwachen Besuch des Beschlusses und Elternabends, der den Eltern den Zweck und die Ziele der Beschlusses näherbringen sollte. Hieran schloß sich der Bericht des Arbeitsnachweisesverwalters, Punkt 3, „Auflösung des Ortsvereins“, folgte zu dem Beschluß, die Instrumente zu verkaufen und den Erlös zu Wohltätigkeitszwecken an die Invaliden, Arbeitslosen usw. zu verwenden. Schließlich erörterte Kollege Feuchter noch den gebraucht vorliegenden Kassenbericht über das erste Quartal, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Unter „Verschiedenem“ gab der Vorsitzende Aufschluß über Ferien bei Kündigungen, indem er erklärte, daß die Ferien erst nach Ablauf der Kündigungsfrist in Kraft treten und nicht, wie Firmen versuchen, die Kündigungszeit in die Ferien miteinzulegen. Mit einem Appell zu noch regerem Versammlungsbesuch fand die Versammlung ihren Abschluß.

Hamburg. (Maschinenseher.) In unserer Versammlung am 9. Juni gab Vorsitzender Aichso das Abschieden des Kollegen Emil Zimmermann bekannt. In warmen Worten gedachte er des Verstorbenen, der lange Jahre als Vorsitzender des Norddeutschen Maschinensehervereins und als Vertreter des Gauvereins in verschiedenen Ämtern tätig war. Neu aufgenommen wurden sechs Kollegen. Nach Erlebigung einiger Eingänge wurde unsere diesjährige Wanderverammlung nach Hamburg am 25. August von der Versammlung genehmigt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen worden waren, wurden die den Kollegen gebraucht vorliegenden Anträge zum Deutschen Maschinenseherkongreß durchberatet. Für den Punkt „Leidenschaft“ hatte die Wergenthaler Sehmalschneidfabrik freundlicherweise einige Prospekte über die letzten Neuerungen am Doppelbeder sowie Tabellenfabrik-Beispiele mit quergestanzten Matrizen und den neuen Lampenhalter zur Verfügung gestellt. Einige Zeiten mit quergestanzten Matrizen erregten besonderes Interesse. Leider waren die beigelegten Matrizen auf dem Transport verloren gegangen, so daß der Kern des Ganzen nicht in Augenchein genommen werden konnte.

Karlsruhe. Am Vormittag des 9. Juni bewegte sich ein stattlicher Zug von mehreren hundert Kollegen unter Vorantritt der Feuerwehrtabelle vom Bahnhof in Raßfurt nach dem Gewerkschaftsheim „Hotel Kreuz“, wo die Jahresversammlung am 9. Juni in der Beschlusse der Ortsvereine Raßfurt mit offizieller Eröffnung begann. Die „Typographia“ Karlsruhe eröffnete die Versammlung mit dem Freiheitschor „Märzluft“ von Angerer.

Vorsitzender Maier begrüßte die Erschienenen, dabei seiner Freude Ausdruck gebend, daß alle Ortsvereine vertreten seien; Alheim, Bühl, Baden-Baden, Raßfurt, Karlsruhe, Bruchsal und Bretten. Gauvorsitzer Sandfort (Freiburg) wurde besonders begrüßt und das gute Verhältnis zwischen Gauvorstand und dem Bezirk hervorgehoben. Nach der in üblicher Weise erfolgten Eröffnung im letzten Jahr verstorbenen elf Kollegen wurde in die sehr reichhaltige Tagesordnung eingetreten. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ streifte der Vorsitzende noch einmal kurz das 1928 abgehaltene 60jährige Jubiläum besonders nach der finanziellen Seite. In letzter Zeit versucht auch der Gutenbergsbund unter Zuanpruchnahme der katholischen Geistlichkeit in Karlsruhe Fuß zu fassen. Ein besonderes Augenmerk sei auf die 82 des Tarifs zu richten, da verchiedentlich Überschreitungen in der Beitragszahl versucht wurden. Der wegen Beleidigung des Vorsitzenden angeklagte Prozeß gegen den Redakteur Seymann von der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ in Mannheim endigte mit einem Vergleich, der dahin geht, daß Seymann die Beschuldigung gegen den Vorsitzenden als unwahr in der in Mannheim erscheinenden kommunistischen „Arbeiterzeitung“ und im sozialdemokratischen „Volksgesund“ in Karlsruhe auf seine Kosten zurücknimmt, 100 M. Buße in die Bezirkskasse zahlt und die Kosten des Verfahrens übernimmt. Zum dritten Tagesordnungspunkt gab der Vorsitzende einen geschäftlichen Rückblick über den Ortsverein Raßfurt, der am gleichen Tage sein 25jähriges Bestehen feiern konnte. 1869 erschien Raßfurt das erste Mal in der Abrechnung des Bezirks. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der Ortsverein Raßfurt bis zu seiner heutigen Stärke von 60 Mitgliedern entwickelt. Als äußeres Zeichen der Anerkennung überreichte er eine Originalradierung von Karlsruhe mit entsprechender Widmung. Kollege Sandfort überbrachte die Glückwünsche des Gauvorstandes unter Überreichung von Büchern für die Bibliothek. Weitere Glückwünsche wurden überbracht von den Kollegen Witzel (Wühl) mit Stiftung eines Bildes, Braun (Bruchsal) mit Überreichung von Büchern sowie des Kollegen Pfister (Baden-Baden). Der Vorsitzende des Ortsvereins Raßfurt, Kollege Jffland, dankte allen in bewegten Worten für die Glückwünsche und Geschenke. Dem Geschäfts- und Kassenbericht, der gedruckt vorlag, war zu entnehmen, daß die Konjunktur im Gewerbe im Berichtsjahr zurückging, was sich natürlich auf den Kranken- und Arbeitslosenstand auswirkte. Die tariflichen Verhältnisse sind als gut zu verzeichnen; nur in zwei Fällen mußte zu strengerer Maßnahmen geschritten werden. Der Mitgliederbeitrag betrug am Jahresfrist 956, heute 1016 Kollegen. Es ist zu konstatieren, daß die Prinzipalsität die Befristung vollständig ausgenützt hat, und daß dieses Jahr 65 Jungbuchdrucker in die Organisation übernommen werden konnten. Das Vermögen betrug am Ende des Berichtsjahres rund 13 563 M. Trotz der kolossalen Ausgaben, die das Bezirksjubiläum erforderte, ist eine Vermögenszunahme zu verzeichnen. Die von den Redaktoren beantragte Entlastung des Vorstandes wurde ausgeprochen. In der Diskussion kamen einige Wünsche zum Ausdruck, im übrigen wurde jedoch am Geschäftsbericht keine Kritik geübt. Besonderer Dank wurde dem Kollegen W. Maier für die Abhaltung der zum 60jährigen Jubiläum herausgegebenen Festschrift ausgeprochen. Auch Kollege Sandfort anerkannte die Arbeit des Vorsitzenden und sprach den Dank namens des Gauvorstandes aus. Auch die Arbeiten der Fachausschüsse wurden vom Gau sowie vom Verbandsvorstand anerkannt. Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Mit Ausnahme eines Antrages des Vorstandes waren keine weiteren Anträge eingegangen. Der Antrag, der besagte, daß nur diejenigen an dem Sterbebeleg des Bezirks teilnehmen können, die auch hierfür bezahlet, fand nach kurzer Debatte gegen eine Stimme Annahme. Die „Typographia“ Karlsruhe sang zum Schluß den Chor „Abendfrieden am Rhein“ von Neumann, und der Vorsitzende konnte mit Worten des Dankes an alle die harmonisch verlaufene Versammlung um 1 Uhr schließen. — Nachmittags 3 Uhr fand dann im „Lindengarten“ das Bezirksjubiläumsfest statt unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen und deren Angehörigen. Bei Konzert, Gesang, Gläsernd, Glückwünschen, Preisfesten, Quadräteln und Belustigungsspielen für die Kinder herrschte ein überaus kollegiales Leben, und nur zu früh mußte man die Heimfahrt antreten. Ein Tanz im Lindensale beschloß die in allen Teilen harmonisch verlaufene Feier. — Das 25jährige Jubiläum des Ortsvereins Raßfurt wurde am Vorabend durch eine gelungene Familienfeier eingeleitet. Der Saal des „Hotels Kreuz“ war bis auf den letzten Platz besetzt. Als Vertreter der Stadt war Herr Oberbürgermeister Kemmer erschienen. Nach der Schilderung des Werdeganges des Ortsvereins Raßfurt konnte Kollege Jffland mit Freunden noch drei Gründer begrüßen, denen er sowie allen andern für ihre mühevollen Arbeit im Interesse der Organisation herzlichen Dank sagte. Eine Anzahl Glückwunschschriften und -telegramme zeugte von der Anteilnahme früherer Raßfurter Kollegen und von dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Buchdrucker im Reich. Besäft begrüßt nahm hierauf Herr Oberbürgermeister Kemmer zu dem Wort, um seinen Dank für die Einladung abzutreten, der er mit Freunden gefolgt sei, um den Buchdruckergehilfen zu danken für ihre Arbeit, die sie geleistet haben im gewerkschaftlichen und Kulturleben. Den unterhaltenden Teil des Abends hatten die Gewerkschaftskapelle und der Volkstanz „Liedesfreiheit“ übernommen, die sich dieser Aufgabe in hervorragender Weise entwarfen. Glanznummern des Abends waren die Zithervorträge von Kollegen Endres und Fräulein Thi, die eine Meisterleistung in der Vorchersung dieses Instrumentes bewiesen, und Herr und Frau Kögel (Karlsruhe) mit ihren Liebern zur Laute. Allen, die zum Gelingen des Abends beigetragen haben, gebührt herzlichster Dank. War es doch ein Abend, an dem die Kollegialität so recht zum Ausdruck kam.

Lüdenscheid. Unser Ortsverein hatte am 8. Juni einen Tag der Festlichkeiten veranstaltet aus Anlaß des Beschlusses der „Typographia“ Lüdenscheid a. d. Ruhr. Die hiesige „Typographia“ und die Mülheimer bestritten das Programm. Während die Lüdenscheider „Typographia“

nach nicht lange besteht und auch nicht eine solche Sängerzahl wie die Mülheimer „Typographia“ aufzuweisen hat, doch ist doch ihr Bestes. Der 30 Mann starke Chor der Mülheimer Sänger unter Leitung des Kollegen Funke verdient sich volles Lob. Natürlich kam auch der Gau-Buchdruckerchor zur Geltung, so daß der Abend zu schön endete, denn man wollte am Sonntagmorgen auch noch die Natur Schönheiten besichtigen. Mittags fand man sich wieder im Vereinslokal zum Mittagessen und nachmittags zu einem Bummel durch die Stadt zusammen, von wo man im „Gewerkschaftsraum“ landete. Auch hier sprach die Mülheimer „Typographia“ nochmals hören und erntete dafür nicht eidenwollenden Beifall. Bald rückte die Abschiedsstunde heran. Wir sagen der Mülheimer „Typographia“ für die uns gebotenen genussreichen Stunden nochmals Dank und rufen ihr zu „Auf Wiedersehen in Mülheim!“

Nürnberg. (Handseher.) Inre Vereinigung veranstaltete am 8. und 9. Juni hier ein Handseherfest, an dem Kollegen von Koburg, Bamberg, Erlangen und Fürth teilnahmen. Besonders hervorzuheben ist die starke Beteiligung der Koburger Kollegen mit ihren Jungbuchdrücken, die sich reiflos beteiligten. Die Veranstaltung selbst nahm einen sehr guten Verlauf. Nach dem Besingen zweier Märsche begrüßte Vorsitzender Gau die Erschienenen, vor allem aber die auswärtigen Kollegen, die sich in einer ganz stattlichen Anzahl eingefunden hatten, und hieß sie in Nürnbergs Mauern willkommen. Kollege Grösch begrüßte sodann die auswärtigen Kollegen im Namen der Mitgliederzahl Nürnberg. Hierauf ging man zum gemühtlichen Teil über, dessen Programm von der gemühtlichen Chorgruppe „Typographia“ Nürnberg, von der Kapelle Moorfer und den Humoristen Schäfer und Sohn bestritten wurde. Am Sonntagmorgen fand eine Besichtigung der Fachschule für Buchgewerbe und Graphik statt, und anschließend daran wurden den Gästen die Sehenswürdigkeiten der alten „Moris“ gezeigt, bis daß es Zeit war, das Mittagessen einzunehmen, womit auch das Nürnberger Handseherfest seinen Ende entgegenging. Man denjenigen, die dazu beigetragen haben, dem Nürnberger Handseherfest ein würdiges Gepräge zu verleihen, sei hier nochmals gedankt.

Osnabrück. (Maschinenseher.) In unserer Versammlung am 9. Juni war ein zufriedenstellender Besuch zu verzeichnen. Unter „Mitteilungen“ wurde hingewiesen auf die Umstellung in Melle (F. E. Haag), wodurch leider elf Kollegen arbeitslos wurden. Im übrigen ist jedoch im Bezirk die Arbeitsmöglichkeit zufriedenstellend. Es fanden vier Neuaufnahmen statt. Ferner wurde einem Kapitel der Zeitschrift „Der freie Geist“ die nötige Würdigung zuteil und selbiges Heftchen an die maßgebenden Stellen geleitet. Es kamen dann die Anträge zum Maschinenseherkongreß zur Besprechung. Als Gasttagsdelegierter gab unser Vorsitzender Heemann ein Stimmungs- bild als Ergänzung zu anderweitigen Ausführungen. Sodann berichtete der Vorsitzende über den Stand der Verhandlungen mit der Wergenthaler Sehmalschneidfabrik. Es wurde beschloßen, den Werksfilm zum Herbst zur Verfügung zu bringen. Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten sowie die Festlegung des Programms für die nächsten Monate wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Allgemeine Rundschau

Bitte an die gehörlosen Kollegen! In Ausführung einer Zusage des Verbandsvorstandes auf dem Frankfurter Verbandstag werden die in den einzelnen Gauen des Verbandes als Buchdrucker beschäftigten gehörlosen Kollegen gebeten, ihre Adreße an den Obmann der Vereinigung gehörloser Buchdrucker in Berlin, den Kollegen A. Krutz, Berlin N 54, Fehlbeller Straße 89, 3 Tr., einzuliefern. Gleichzeitig werden alle Kollegen gebeten, die in Frage kommenden Kollegen auf dieses Ersuchen besonders aufmerksam zu machen.

Die Jubiläumsfeier der Reichsdruckerei. Inre Leser informierte in Nr. 53 anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Reichsdruckerei am 6. Juli ein Freilichtkonzert über dieses große Reichsinstitut nach seinem Anfang, nach seiner Leistungsfähigkeit, aber auch nach der sozialen Seite hin. Die am Vormittag des 4. Juli im Plenarsaal des alten Herrenhauses in Berlin abgehaltene Jubiläumsfeier zeigte zunächst Vertretungen aus den zahlreichen Abteilungen der Reichsdruckerei. Das Buchdruck- und graphische Gewerbe Berlins hatte beiderseitig den Eintragungen in weitem Maße Folge gegeben. Auch der DGB war vertreten. Reichspräsident Dr. Schögel brachte zunächst einen Gruß des Reichspräsidenten Hindenburg zur Kenntnis, der auch eine Anerkennung der hervorragenden Leistungen der Reichsdruckerei enthielt. Schögel selbst sprach nur kurz und zugleich im Namen der Reichsregierung; der dabei allen Angehörigen der Reichsdruckerei „vom obersten Leiter bis zum letzten Werkmanne“ ausgesprochene Dank für die Pflichttreue, die hohen Leistungen und das geistliche Zusammenarbeiten war besonders zu vermerken, zumal die Gelegenheits, dies in Gegenwart der Vertreter des Personals sagen zu können, von Hehrer noch Heroerhebung fand. Aus den Reihen der Gäste wurden dann neun Glückwunschsadressen gehalten. Professor Thiesen als Sprecher für die fünf Berliner Hochschulen kam gar nicht wissenschaftlich, fand vielmehr eine humoristische Note unter Anspielung auf den Druckfehler, der in der Reichsdruckerei so wenig fern gerade die Wissenschaftler qualendes Wesen treibe; er erhielt sogar Beifall. Vorsitzender Sternheim vom Verein Berliner Buchdruckereibesitzer folgte der von der Reichsdruckerei systematisch betriebenen Pflege der Qualitätsarbeit Anerkennung; einige Konkrete von Grafen von Randbemerkung dabei an. Großmann vom Graphischen Kartell überbrachte die Glückwünsche des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, des Verbandes der Lithographen und Steindruckers, des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes, des Verbandes der Papierarbeiter (Buchbinder) sowie des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die in der Reichsdruckerei außerordentlich stark vertreten sind. Er

